

# Ja zu besseren Wegen, Nein zur Flurneuordnung

*Gemeinderat sprach sich einstimmig gegen Verfahren aus – Fördergelder können Schaden an Natur und Landschaft nicht aufwiegen*

**Dossenheim.** (dw) Die Flurneuordnung ist vom Tisch. Die 15 anwesenden Gemeinderäte sprachen sich einstimmig gegen das Verfahren aus, das für einen Bereich östlich der Bundesstraße im Norden der Gemeinde geprüft worden war. „Damit ist nicht alles geregelt und in Ordnung“, zog Bürgermeister Hans Lorenz Bilanz. Jetzt stelle sich die Frage, wie es weitergeht. Die Wege seien gleichwohl zu sanieren. Die Verwaltung wurde beauftragt, zu untersuchen, mit welchen Maßnahmen dies geschehen kann. Der Beschluss war von einem dreiköpfigen Publikum mit Applaus bedacht worden.

Rückblende: Das von sechs Gemeinden getragene Gemeinschaftsprojekt „Blühende Badische Bergstraße“ hatte sich zum Ziel gesetzt, Maßnahmen zu ergreifen, um die hier typische Landschaft zu erhalten. Im Rahmen des beim Flurneuordnungsamt angesiedelten Förder-

programms „integriertes ländliches Entwicklungskonzept“ – kurz ILEK – konnten hierfür Fördermittel eingeworben werden. Die ehemalige Steinbrechergemeinde musste dazu unter anderem prüfen, ob ein Wegebau im Rahmen einer Flurneuordnung sinnvoll durchzuführen sei. Mangelnde Befahrbarkeit war zuvor als Grund für die ausbleibende Bewirtschaftung von Grundstücken angeführt worden. So viel war spätestens mit der Aufnahme in das Programm im Frühjahr 2011 öffentlich bekannt.

In der Nachbargemeinde Schriesheim, die ebenfalls der ILEK-Gruppe angehört, meldeten sich schon vor drei Jahren Naturschützer zu Wort. Sie machten insbesondere auf die vorliegende Schutzgebiet-Situation aufmerksam. Diese verbietet per Gesetz einen massiven Eingriff, wie er besonders durch das Rebverfahren im jenseits der Gemarkungs-

grenze liegenden Gebiet zunächst vorgesehen war. Das ist zwischenzeitlich gestoppt worden.

In Dossenheim kam der Gemeinderat zum Schluss, dass die im Rahmen einer Flurneuordnung geforderten Wegbreiten und anderes nicht angemessen, geschweige denn nötig, seien. Der finanzielle Vorteil der hierfür zu erwartenden Fördergelder könne den Schaden an Natur und Landschaft nicht aufwiegen. Nachdem das Ergebnis der Untersuchung vorgelegen hatte, waren sich die Gemeinderäte darin einig, die Bedingungen der Förderfähigkeit nicht erfüllen zu wollen. Cornelia Wesch (FW) benutzte gar das Wort „unsinnig“. Auch SPD und FDP lehnten eine Flurneuordnung ab. Renate Tokur (Grüne) sprach von der Wegebesserung in „Eigenregie“. Matthias Harbarth (CDU) glaubte, von einer Landesförderung aus anderen Töpfen gehört zu haben.

Während am Ratstisch reihum der Ablauf des Verfahrens der frühen Information und der aktiven Bürger- und Eigentümerbeteiligung als gelungen bezeichnet worden war, blieb Jochen Konradi (SPD) skeptisch. Mehrmals habe er gehört, dass doch eh schon alles im Sinn einer Flurneuordnung entschieden sei. Das habe die Diskussion sehr emotional gemacht, so Konradi. Er hoffe, dass das bei weiteren Entscheidungen besser laufe. Andere Gemeinderäte klopfen zustimmend.

Er habe sich auch oft geärgert, sagte Lorenz dazu. Er habe aber auch sehr viel Positives erlebt, etwa das sehr offene Umgehen in den verschiedenen Gremien. Das sei in der Nachbarschaft teilweise anders gelaufen. Lorenz: „Daher kam uns Misstrauen entgegen.“ Er sei froh, seine Zusagen zum Ablauf eingehalten zu haben. „Vielleicht hat man jetzt bei anderen Verfahren mehr Zutrauen“, hoffte Lorenz.